

Lengenfeld: Bürgerentscheid zu Solarpark-Vorhaben soll Klarheit bringen

Von Silvia Kölbel



Schönbrunner, Weißensander und Waldkirchener vereint in einer Initiative, die gegen Solarparks und Windkraftanlagen vor den Toren der Stadt Lengenfeld mobil macht. Bild: Silvia Kölbel

Artikel anhören:



Der Stadtrat hat einer Bürgerbefragung in Ortsteilen zu Solarparks und Windkraftanlagen in und um Lengenfeld zugestimmt. Das ist den Gegnern zu wenig. Sie fordern einen verbindlichen Bürgerentscheid.

Schönbrunn. Zuerst waren es etwa zwölf Leute aus Weißensand und Schönbrunn, die sich gegen die insgesamt 90 Hektar großen Fotovoltaikanlagen auf den Ackerflächen entlang der Autobahn 72 am Rande der Dörfer wehrten. Die Flächen sind so groß wie 128 Fußballfelder. Fast täglich gewinnt die Initiative neue Mitstreiter. „Inzwischen sind wir etwa 60 Aktive, darunter auch Waldkirchener“, berichtet Sören Halbach, einer der Initiatoren aus Weißensand. Weil Lengenfelder Stadträte die Pläne der mit Sonnenenergie betriebenen Kraftwerke trotz des Bürgerprotests unbeirrt vorantreiben würden, entschieden die anwesenden Mitglieder am Donnerstag während einer Zusammenkunft in Schönbrunn einstimmig, ein Bürgerbegehren für einen Bürgerentscheid zu starten. „Wir haben keine andere Chance. Wir können verlieren, aber wenn wir das nicht machen, haben wir schon verloren“, schätzt Christian Hörath aus Schönbrunn die Lage ein. Das Ergebnis eines Bürgerentscheides sei dann einem Stadtratsbeschluss gleichgesetzt.

Fünf-Prozent-Hürde

Bei einem Bürgerbegehren müssen fünf Prozent der stimmberechtigten Bürger per Unterschrift erklären, den Bürgerentscheid zu unterstützen, erklärt Sören Halbach. Zur Kommunalwahl 2019 gab es in Lengenfeld knapp 6000 Wahlberechtigte. Bei dem Bürgerentscheid müssen für dessen Gültigkeit mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne gehen. Für einen erfolgreichen Bürgerentscheid sei eine absolute Mehrheit von mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erforderlich.

„Der Stadtrat hat entschieden, die Bürger zu befragen, um die Stimmungslage zu erkunden. Wir wollen aber Nägel mit Köpfen machen und eine rechtssichere Entscheidung herbeiführen“, so Halbach.



Sie werden mehr und schließen sich zusammen: Bürger aus Weißensand, Schönbrunn und Waldkirchen. Bild: Silvia Kölbel

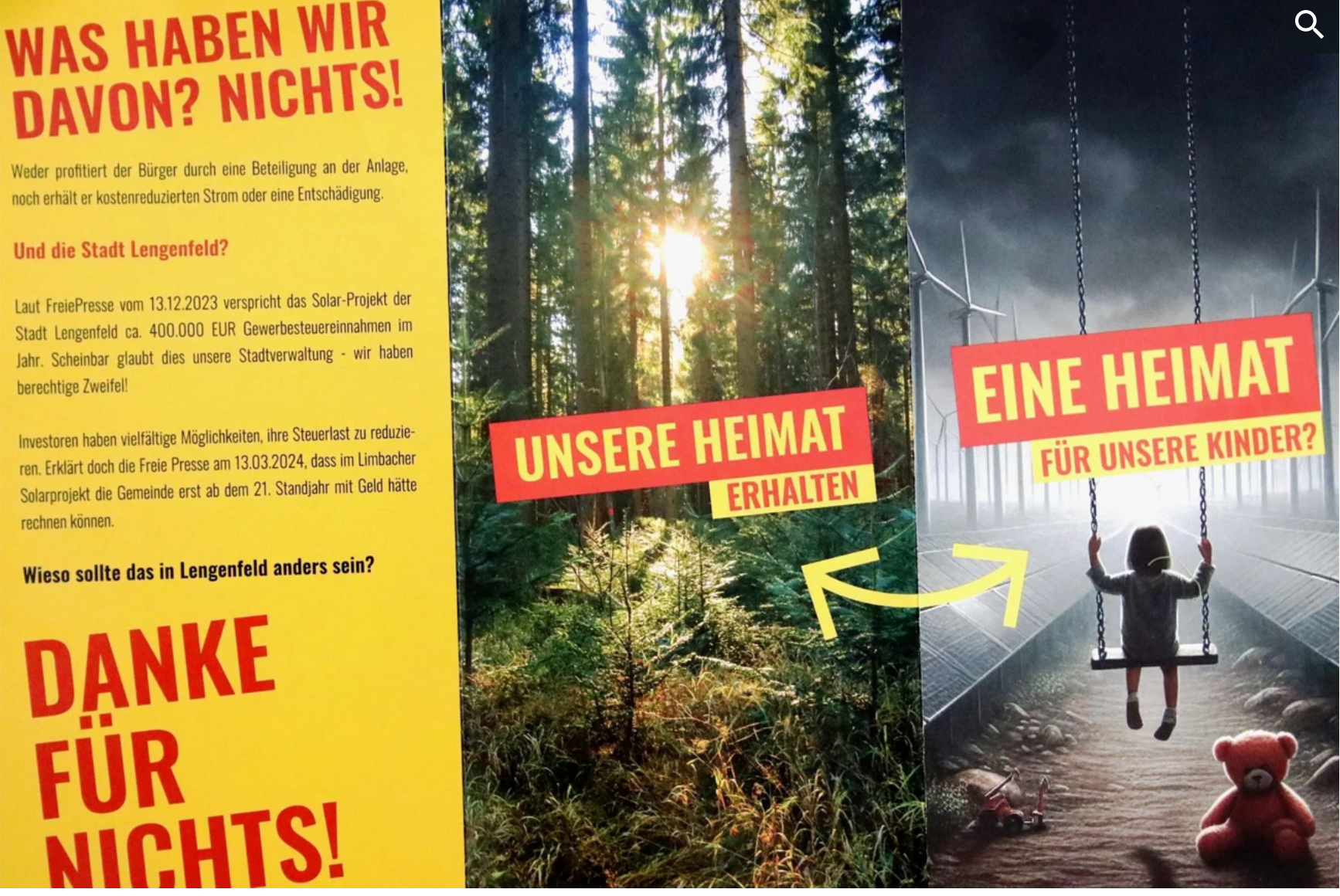
Eine Bürgerbefragung sei zwar gut gemeint, führe aber nicht zum Ziel, so Halbach, da das Ergebnis nicht bindend sei. Die Stimmungslage in den Ortschaften sei zudem hinlänglich bekannt. „Wenn 40 Weißensander zur Stadtratssitzung kommen und erklären, dass sie gegen diese Solarparks sind und wir innerhalb von wenigen Tagen mehr als 400 Stellungnahmen gegen diese Projekte sammeln konnten, dann sagt das doch sehr viel über die Stimmungslage aus. Natürlich können wir mit dem Bürgerentscheid auch scheitern“, so Sören Halbach. Ein Bürgerentscheid sei aber ein demokratisches Mittel, bei welchem alle Stimmberechtigten in Lengenfeld und den Ortsteilen mit ihrer Meinung gehört werden.

Die Bürgerbewegung gibt sich den Namen „Initiative gegen Umweltzerstörung durch Solaranlagen und Windräder im Vogtland“. Die Website www.solarpark-A72.de ist überarbeitet und weist auf die aus Sicht der Initiatoren negativen Folgen der Sonnen- und Windkraftwerke hin. Die Initiatoren bezeichnen die Energiewende als gescheitert. Sie sind überzeugt: Der nötige Netzausbau, der Bau neuer Gaskraftwerke, welche die Schwankungen von Wind- und Sonnenstrom ausgleichen, die kostenintensive Gasbeschaffung, all das werde über Jahrzehnte hinaus teuer von den Bürgern bezahlt werden müssen, auch wenn Wind und Sonne keine Rechnung schicken.

Die Vogtländer haben nichts davon

„An den Solarparks verdienen nur Investoren und die Hersteller der Module in China. Die Vogtländer bekommen ihre schöne Landschaft verbaut und haben nichts davon“, moniert Sören Halbach. Was bleibe, seien ungewisse Steuereinnahmen und Sondermüll am Ende der Standzeit der Module. Steuerfachleute hätten eingeschätzt, dass die angekündigten Gewerbesteuereinnahmen für die Gemeinde unrealistisch seien. Die Gemeinde Limbach ging bei deinem ähnlich gelagerten Projekt, das der Rat und eine Bürgerinitiative ablehnten, von Gewerbesteuereinnahmen nach 20 Jahren Standzeit aus.

„Wir sind für die Nutzung von Solarenergie, aber an den Stellen die sich eignen, Dächer in Gewerbe- und Industriegebieten zum Beispiel oder Dächer auf Wohngebäuden, wenn das die Eigentümer möchten“, sagt Jens Baumann. „Wir sind dagegen, dass unsere landwirtschaftlichen Flächen der Bewirtschaftung entzogen werden und wir uns immer mehr abhängig machen von Nahrungsmittelimporten“, fügt Friedhold Böttger aus Wolfspütz an. (sia)



Diesen Flyer möchte die Initiative verteilen. Bild: Repro: Silvia Kölbel